



Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 74 602
Fax: (030) 227 76 622
E-Mail: angelika.brunkhorst@bundestag.de

Wahlkreis
Sonnenstraße 1
27793 Wildeshausen
Tel: (04431) 93 17 04
Fax: (04431) 93 17 05
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

www.angelika-brunkhorst.de

Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss
für Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit

Berlin, 17. November 2008

Rede im Deutschen Bundestag

Aktuelle Stunde

„Castortransporte und ungeklärte Atommülllagerung“

Datum: 12. November 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was haben wir in den vergangenen Tagen in Gorleben beobachtet?

- Leuchtmunition, die auf Pferde abgeschossen wird und Brandwunden verursacht
- Steine, mit denen geworfen wird, und die Polizeibeamte zum Teil schwer verletzen
- Anschläge auf Bahngleise
- Leuchtraketen, die gegen Hubschrauber geschossen werden, die also in Kauf nehmen, die Hubschrauber vielleicht zum Absturz zu bringen, die Piloten also zu töten.

Wenn wir heute auch über die solche Ereignisse sprechen, dann möchte ich gern an einen Satz erinnern, den wir Jürgen Schwabe verdanken. Jürgen Schwabe ist Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Er hat auf folgendes hingewiesen:



Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 17. November 2008

Wenn der Staat etwas dafür sorgen muss, dass friedlich protestierende Demonstranten von Bahngleisen entfernt werden, dann kommt es – jedenfalls, wenn man sich in einem Rechtsstaat befindet – nicht so sehr darauf an, ob der Protest friedlich ist, oder nicht.

Worum es vielmehr geht, ist die Missachtung des Rechts. Entscheidend ist nicht die Gewalttätigkeit einer Handlung, sondern allein, ob eine Rechtsverletzung vorliegt.

Warum ist dieser Hinweis für unsere heutige Debatte so wichtig?
Das wird sehr schnell klar, wenn wir uns das aktuelle Verhalten der Kollegen Abgeordneten aus der grünen Fraktion ansehen, und deren Begeisterung für den angeblich „ziviler Ungehorsam“.

Meine Damen und Herren, ich verlese Texte von der Homepage der Grünen Fraktion, wo Fraktionsmitglieder ihre persönlichen Eindrücke aus Gorleben schildern. Achten Sie bitte auf die Wortwahl:

Mit glühender Begeisterung wird dort berichtet, es seien „besonders viele junge Gesichter Teil der Bewegung“. Brigitte Pothmer ist geradezu berauscht, in einer Heimatlyrik spricht sie von ihrem „Kampf um die Heimat“. Das ist übrigens ein wörtliches Zitat.

Ich zitiere die Entrückung von Frau Pothmer über ihre Eindrücke weiter wörtlich: „Unsere Fahnen aus vielen Bundesländern bei der Kundgebung, ... die Grüne Jugend in der Blockade ... Mein Platz war bei der der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“.“ Mich beklemmen solche Formulierungen, meine Damen und Herren, weil sie schlichtweg nur einlullen.

Bärbel Höhn steht ihrer Kollegin in nichts nach. Wiederum wörtlich: Ihre (Frau Höhns) Aufgabe als Bundestagsabgeordnete sei es gewesen, bei „... Sitzblockaden anwesend zu sein und darauf zu achten, dass es von allen Seiten friedlich zugeht und dass die Polizei beim Wegräumen die Rechte der Demonstranten achtete.“

Das schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus! Wie steht es denn wirklich um die wunderbare Friedlichkeit, die die Kollegen von den Grünen in so gefährliche Schwärmerei versetzt?



Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 17. November 2008

Frau Höhn, ich fürchte, die „Rechte der Demonstranten“ sind nicht so sehr das Problem, das uns hier bewegen sollte. Sondern der Rechtsbruch, zu dem Sie junge Menschen ermuntern, indem Sie sich damit solidarisch erklären.

Es ist wirklich nicht zu fassen. Was ist eigentlich mit den Rechten von tausenden Polizeibeamten und ihren Familien? Was ist mit den Rechten von hunderttausenden Bahnreisenden, mit dem Ausfall von 1500 Zügen allein in Norddeutschland? Was ist damit? Alles unwichtig? Das lässt Sie alles kalt?

Ich meine, es hätte Ihnen gut angestanden, zur Besonnenheit aufzurufen, anstatt mit Ihren gedankenlos opportunistischen Solidaritätsbekundungen Öl auf die Flammen zu gießen.

Meine Damen und Herren Kollegen, um es noch einmal ganz klar zu sagen: Es kommt nicht darauf an, ob die Sitzblockaden friedlich sind oder nicht: sie sind rechtswidrig. Darum geht es.

Ihre Aufgabe als Abgeordnete, Frau Kollegin Höhn, ist nicht, darauf zu achten, dass es beim Rechtsbruch friedlich zugeht.

Es wäre stattdessen Ihre Pflicht gewesen, alles daran zu setzen, den Rechtsbruch zu verhindern!

Die Grünen, meine Damen und Herren, hatten keineswegs schon immer eine so große Sympathie für den Rechtsbruch. Ich helfe Ihren Gedächtnislücken hier gern auf die Sprünge. Denn es war ja der Grüne Umweltminister Trittin, der die Grundlage für die Castortransporte gelegt hat, genau die Transporte, gegen die sich seine Partei nun wehrt!

Teil des Atomkompromisses war Jürgen Trittins Auflage, dass Deutschland Brennstäbe, die aus seinen Kernkraftwerken stammen, aus den Wiederaufbereitungsanlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield zurücknehmen müsse. Nebenbei bemerkt: Das ist eine Regelung, die bereits 1990 im deutsch-französischen Abkommen eingeführt war.



Gestatten Sie mir einen Rückblick: Damals, am 6. Februar 2001, war in der „Welt“ zu lesen, dass Jürgen Trittin Demonstrationen gegen Castortransporte in Deutschland für unklug hält. Schließlich seien die Transporte „notwendig und unabweisbar“.

Im gleichen Artikel erfuhren wir damals, dass auch die heutige Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, ICH ZITIERE „Demonstrationsaufrufen ihrer Partei gegen den bevorstehenden Rücktransport von deutschem Atommüll aus Frankreich erneut eine Absage“ erteilte. ZITAT ENDE Die Grünen stünden hinter dem Atomkonsens und Atommülltransporte seien im Sinne des Atomkonsenses notwendig.

Seitdem hat Frau Roth eine erstaunliche Wandlung hingelegt: Am vergangenen Wochenende demonstrierte Claudia Roth im Wendland mit Atomkraftgegnern aus ganz Deutschland gegen den Castortransport ins Zwischenlager Gorleben. Sie rief sogar zu zivilem Ungehorsam auf. Der gehöre zu einer lebendigen Demokratie.

Erstaunlich – ein solcher Gesinnungswandel!

Eine weitere klaffende Lücke in Ihrem Gedächtnis: Die Grünen haben 7 Jahre lang in Regierungsverantwortung trotz Ausstiegsregelung keine konstruktiven Schritte getan, um die Endlagerfrage zu lösen. Der Bericht und die Empfehlungen des AKEnd verschwanden seinerzeit 2002 sang- und klanglos ohne Auswertung in der untersten Schublade.

Jürgen Trittin und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben die Endlagerfrage schlichtweg verdrängt und beklagen jetzt, dass die Frage ungelöst sei. Das ist Ihr Verständnis von politischer Verantwortung, meine Damen und Herren von den Grünen!

Seit langem fordern die Grünen, wie der Bundesumweltminister, alternative Standorte zu Gorleben zu suchen. Hierzu meine Frage an die Grünen: Werden Sie, wenn es soweit kommen sollte, den an diesen Standorten zu erwartenden Widerstand mit gleicher Inbrunst unterstützen?

Spätestens 2010 geht das Moratorium zur Erkundung von Gorleben zu Ende. Wir begrüßen, dass die Erkundung des Salzstocks dann fortgesetzt wird.